

bedroht: Christen, Jesiden, Turkmenen und Shaback wurden bzw. werden vertrieben.

Vor 2003 lebten über eine Million Christen im Irak. Mehr als die Hälfte von ihnen hat das Land seitdem verlassen. Nach der Vertreibung von zuletzt mehr als 100.000 Christen durch die IS-Terroristen sprechen irakische Kirchenvertreter bereits vom „Anfang vom Ende der Christen im Nordirak“. Das trifft auch auf Syrien zu, wo die über zweitausend Jahre alte christliche Struktur unwiderruflich verloren ist, selbst wenn die Christen irgendwann zurückkehren sollten.

Nachdem die IS-Terroristen die Provinzhauptstadt Mossul erobert hatten, markierten sie Wohnhäuser und Geschäfte von Christen mit einem arabischen „N“ für Nazarener (Christen). Christen wird der Tod angedroht, falls sie nicht zum Islam konvertieren. Laut World Watch Monitor haben die letzten Christen mittlerweile auch die Städte Bartella und Karakosch verlassen.



Wie ist die Situation in Nordafrika?

Die Lage der Christen ist sehr fragil. Am deutlichsten lässt sich dies in Ägypten beobachten. Die Kopten waren hier in den vergangenen Jahren oft Zielscheibe des Hasses von Muslimen. Der staatliche Schutz war vor dem Sturz von Präsident Mubarak oft unzureichend. Nach der Revolution

kamen die Muslimbrüder an die Regierung, die Ägypten in einen islamischen Gottesstaat verwandeln wollten. Die Rechte der Kopten, die sich als die Urbevölkerung Ägyptens sehen, standen zunehmend in Frage. Nach der Entmachtung der Muslimbrüder hoffen sie nun auf eine Besserung ihrer Situation.



Engagiert sich der Bundestag für Religionsfreiheit?

Im Jahr 2010 hat der Bundestag den Antrag „Religionsfreiheit weltweit schützen“ auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedet. Das Parlament forderte die Bundesregierung auf, sich noch mehr für die Religionsfreiheit einzusetzen. Der Bischof der Chaldäisch-Katholischen Kirche aus Bagdad, Shlemon Warduni, erinnerte im Anschluss an die Debatte an das Leid der Christen in seinem Land: „Kommen Sie für eine Woche in den Irak, dann werden Sie sehen, ob es die Hölle gibt oder nicht!“

Über die Situation der Christen in der Türkei wurde ebenfalls debattiert. Das Augenmerk galt mehrfach dem von Enteignung bedrohten Kloster Mor Gabriel. Obgleich 2014 ein Teil der Grundstücke an das Kloster zurückgegeben wurde, bleibt in der Türkei das Leben für Christen schwierig.

Wie setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein?

Wir diskutieren, wie wir den Opfern von Gewalt am besten helfen können. Dabei ist die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Deutschland ein Weg, um Leid zu lindern. Der Masse der Betroffenen hilft das aber nicht. Das müssen wir uns eingestehen. Mittlerweile leben alleine im Nordirak und in Syrien mehr als 450.000 Menschen in Flüchtlingslagern. Dort fehlt es an Nahrung, Kleidung und schützender Unterkunft. Deshalb müssen wir die Menschen in den Flüchtlingslagern und in den Gemeinden vor Ort unterstützen!

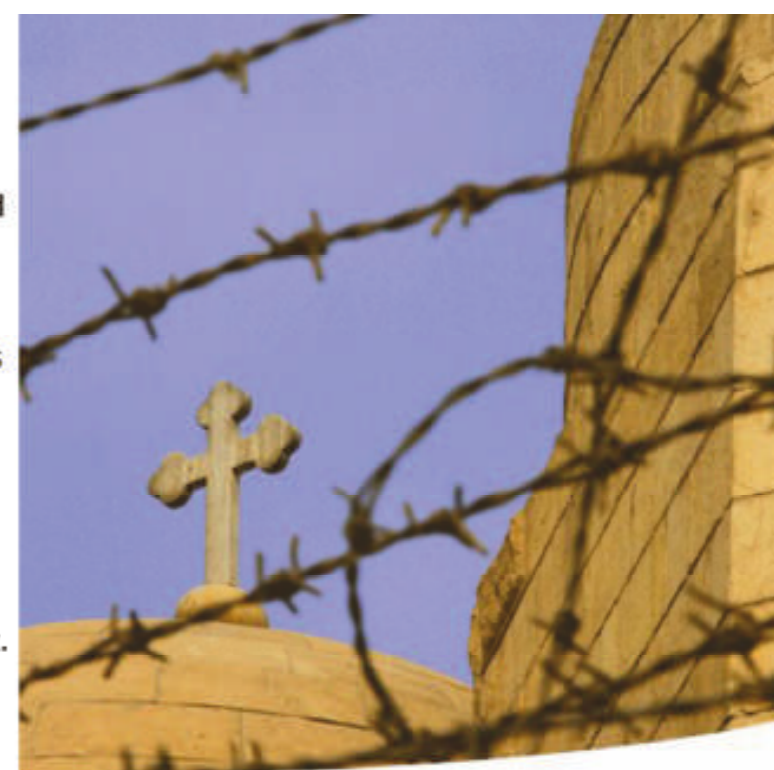
Einige Abgeordnete der Fraktion haben den sogenannten Stephanus-Kreis gegründet. Er ist nach dem ersten christlichen Märtyrer Stephanus benannt. Die Mitglieder dieser Gruppe tauschen sich regelmäßig mit Vertretern von christlichen Minderheiten und Nichtregierungsorganisationen aus.

Einzelne Abgeordnete haben zudem parlamentarische Patenschaften für besonders gefährdete Christen übernommen. Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit hat die Fraktion zuletzt am 15. September 2014 einen Kongress zu dem Thema veranstaltet, an dem hochrangige Vertreter der großen christlichen Kirchen teilgenommen haben.

Herausgeber

Bezirksverband CDU Ruhr
Munckelstraße 15
45879 Gelsenkirchen
Telefon: 0209/9132890
Homepage: www.cdu-ruhr.de

Bildnachweis: Open Doors



Für Religionsfreiheit und den Schutz von Christen

Die Ruhr-Partei.



CDU RUHR

Sehr geehrte Damen und Herren,

Religionsfreiheit ist ein wichtiger Teil der Menschenwürde. Sie ist die zentrale Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. In weiten Teilen der Welt ist die Religionsfreiheit jedoch sehr stark eingeschränkt oder gar nicht existent. Besonders häufig werden Christen verfolgt und diskriminiert. Mit dieser unhaltbaren Lage dürfen wir uns nicht abfinden!

Die CDU im Ruhrgebiet setzt sich deshalb in ihrer Arbeit, bei internationalen Kontakten und in Gesprächen auf allen politischen Ebenen mit Nachdruck für die weltweite Verwirklichung von Religionsfreiheit ein und legt dabei ein besonderes Augenmerk auf die Lage der christlichen Minderheiten.

Für die CDU ist das „C“ Programm. Sie macht Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes. Von daher ist es naheliegend, sich mit der Lage der Christen besonders zu beschäftigen. Unser Engagement gilt aber auch anderen Religionen. So ist für die Union selbstverständlich, dass z.B. Muslime in Deutschland Moscheen bauen können.

Mit dieser Broschüre möchten wir Sie über die Verfolgung von Christen informieren. Zugleich bitten wir Sie, uns in unserem Engagement zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Wittke MdB
Bezirksvorsitzender
der CDU Ruhr

Cemile Giousouf MdB
Integrationsbeauftragte der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Warum gilt den verfolgten Christen das Hauptaugenmerk?

Christen leiden weltweit am stärksten unter Bedrängnis und Verfolgung. Manche Organisationen sprechen von etwa 100 Millionen betroffenen Gläubigen. Die Nachteile sind vielfältig: Sie reichen von unzureichendem Minderheitenschutz über staatliche Diskriminierung bis hin zu öffentlicher Herabwürdigung, offener Gewaltanwendung oder dem Druck, die Religion aufzugeben. Es gibt sogar Länder wie den Iran, in denen der Übertritt zum Christentum mit dem Tod bestraft wird.

In immer mehr Staaten werden Christen aber nicht Opfer staatlicher Verfolgung, sondern von Aggressionen anderer religiöser und ethnischer Gruppen. Das ist besonders in Afrika zu beobachten.

Im Blick hat die CDU aber auch, dass z.B. in Zentralafrika Gewalt von Christen ausgeht. Zudem werden weltweit auch Angehörige anderer Religionen diskriminiert und verfolgt, etwa die Ba'hai im Iran oder Juden in vielen Teilen der Welt.

Weshalb werden Christen verfolgt?

Für die Christen ist die Bibel ein Buch der Verheißung. Berufen sich Menschen auf Botschaften der Heiligen Schrift - wie Gerechtigkeit und Solidarität - wird dies mitunter als Bedrohung gesellschaftlicher Strukturen empfunden (z.B. in Indien). Diktaturen wie in Nordkorea bekämpfen den Freiheitsgedanken, der das Christentum auszeichnet. In Nordkorea wird allein der Besitz einer Bibel mit dem Tod bestraft!

In islamischen Staaten wird mit der Benachteiligung von Christen der Versuch unternommen, eine Staatsreligion und damit angeblich die nationale Einheit zu bewahren. Anderswo versuchen Angehörige anderer Religionen Christen zu verdrängen, um selbst die jeweiligen Landesteile zu beherrschen. Dies ist derzeit in Nigeria zu beobachten.

Wo sind Christen besonders gefährdet?

Aktuell werden Christen besonders in Nordkorea, Somalia, Irak, Syrien und Afghanistan verfolgt und diskriminiert (siehe Karte). Außerdem ist zu beobachten, dass christliche Minderheiten besonders bedroht sind, wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung ihrer nicht-christlichen Religion zuwendet. Oft schlägt diese überbetonte Religiosität der Bevölkerungsmehrheit in Extremismus um, der sich gezielt gegen Christen richtet. Christen geraten immer häufiger zwischen die Fronten von Bürgerkriegen wie etwa in Syrien.

Wie ist die Situation im Nordirak und in Syrien?

Das Gebiet des heutigen Irak war seit der Frühzeit des Christentums Heimstätte für religiöse Gemeinden (Assyrer, Chaldäer, Aramäer). Durch den Vormarsch der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) seit Juni 2014 sind die Christen im Irak sowie in den von den IS-Terroristen kontrollierten Gebieten im Norden und Osten Syriens existentiell

WELTVERFOLGUNGSIINDEX 2015

Wo Christen am stärksten verfolgt werden

